

## Leistungsbericht 2007 der Abteilung Datenschutz und E-Government (MA 26)



Die Abteilung Datenschutz und E-Government (MA 26) wurde am 1. Mai 2007 als Competence Center für Datenschutz, Auskunfts- und Informationsrecht sowie für die rechtlichen Aspekte des E-Government eingerichtet. Die MA 26 nimmt die Agenden des Datenschutzes für den Magistrat der Stadt Wien als Auftraggeberin im Sinne des Datenschutzgesetzes wahr. Sie ist für die rechtlichen Aspekte bei der Entwicklung und Fortführung des E-Government verantwortlich. Zudem schult und überprüft die MA 26 die Einhaltung des Datenschutzes im gesamten Magistrat der Stadt Wien und sorgt dafür, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben.

### Projekt- und Schwerpunktüberblick 2007

- Registrierung von zwei Datenanwendungen betreffend Videoüberwachung durch die Datenschutzkommission; damit ist dokumentiert, dass die Videoüberwachung in der Stadt Wien nur innerhalb des gesetzlichen Rahmens erfolgt und es keine willkürliche Überwachung gibt.
- Änderungen von bereits registrierten Datenanwendungen, zum Beispiel Erweiterung um die sogenannten bereichsspezifischen Personenkennzeichen nach den Vorgaben des E-Government-Gesetzes
- E-Government: Erarbeitung und Diskussion der Novellierung der gesetzlichen Grundlagen (vor allem Verwaltungsverfahrensgesetz, E-Government-Gesetz, Signaturgesetz) im Rahmen der Arbeitsgruppe von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden
- Portalverbund: Abstimmung der Vorgehensweisen der Gebietskörperschaften im Rahmen der Portalverbundvereinbarung, um zu garantieren, dass zulässige Zugriffe auf Daten transparent, datenschutzkonform, nachvollziehbar und mit klarer Verantwortung erfolgen, sowie Unterstützung der Dienststellen hierbei.